

B R I V

Erscheint monatlich 2 mal
zum 15. und 1. des Mts.

Organ des
Bundes revolutionärer Industrie-Verbände

Einzel-Nummer 10 Pfg.
Vierteljahresabonnement
durch die Post 90 Pfg.

15. Januar 1932

Verantwortlich für Verlag und Redaktion: Max Schmidt, Berlin SO 16, Brückenstr. 8 II
Telephon F 7 Jannowitz 2582 und 0498.

5. Jahrgang Nr. 2

Liebknecht – Luxemburg – Lenin Ihr Geist lebt!

Der 15. Januar 1919 ist für die Arbeiterschaft der ganzen Welt ein schwarzer Tag. Es ist der Tag, an dem die Besten der Weltrevolution, Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg, einer Vielzahl von den sozialdemokratischen Führern aufgestachelten weißen Soldateska zum Opfer fielen.

Dieser schwarze Tag ist schändlich für die Sozialdemokratie und der Tag der Trauer der Arbeiterschaft um den Verlust ihrer Größten.

In den dazwischen liegenden dreizehn Jahren haben die Arbeiter vieles erlebt; viel mußten sie über sich ergehen lassen, aber immer noch ist der Tag in frischer Erinnerung, an dem sie ihrer großen Führer beraubt wurden.

Unvergeßlich muß jedem Proletarier das Dokument der Schande sein, die Tat des „Vorwärts“ vom 13. Januar 1919:

„Viel Tote in einer Reih, Proletarier!
Karl, Rosa, Radek und Kumpanci,
Es ist keiner dabei;
Es ist keiner dabei, Proletarier!“

die der Soldateska den Freibrief für den Mord an den unsrigen gab.

Keine zeitliche Entfernung, keine Geschichtsfälschung wird dieses Schandmal verwischen. So wie es Liebknecht und Luxemburg erging, wurden Tausende namenloser Kämpfer für den Sozialismus gemordet.

Die Blutschande tragen allein diejenigen, die sich Sozialdemokraten nannten, jedoch vor dem Kampf um den Sozialismus erzitterten und daher die weißgardistischen Liebknechte auf die Arbeiterklasse losließen, die sich schützend vor das kapitalistische Privateigentum stellten und damit die Entwicklung der Republik in das Fahrwasser brachten, das die heutige faschistische Gefahr ermöglicht.

Alle Versprechen der Reformisten über Frieden, Arbeitsbeschaffung und Demokratie haben sich als Täuschungsmanöver herausgestellt.

Die Arbeiterschaft gedenkt ihrer gemordeten Führer; sie gedenkt auch des großen Führers der russischen Oktoberrevolution, Wladimir Lenin, der an den Folgen eines Attentates im Januar 1924, 5 Jahre nach Karl und Rosa, sterben mußte.

Wenn wir heute ihrer gedenken, so nicht im Sinne einer Rührseligkeit für Menschen, die sich für uns geopfert haben, sondern indem wir uns bemühen, ihnen in Wissen, Wollen und Aufopferung nachzuströben.

Rosa, Karl und Lenin haben uns das Vermächtnis hinterlassen, schärfsten Kampf gegen alle reformistischen Gebilde und Organisationen zu führen. Wir sind also verpflichtet, auch ohne unsere großen Führer den Klassenkampf durchzuführen. Wir handeln in ihrem Sinne, wenn wir wirken für den Aufbau starker Klassenkampf-Gewerkschaften, um damit die Arbeiter loszulösen vom Reformismus, um diese Klassenkampf-Gewerkschaften als Aktivposten in der Auseinandersetzung zwischen Kapital und Arbeit zu gebrauchen.

Der Geist unserer großen Toten soll uns Richtschnur bei all unseren Handlungen sein. So wie in den Kämpfen im Jahre 1919 ist das deutsche Proletariat auch jetzt ohne eine feste revolutionäre Führung. Damals konnte sich der kleine Spartakusbund nicht durchsetzen; auch heute ist der reformistische Einfluß noch groß. Die Kommunistische Partei ist stark geworden, betreibt jedoch mit ihrer RGO eine phrasenhafte, verwirrende, zersplitternde Politik, so daß heute ebenso die großen Massen wohl gegen Kapitaloffensive und Faschismus ankämpfen wollen, aber keine feste konsequente revolutionäre Führung besitzen.

Das Proletariat hat viel von den gemordeten Führern zu lernen. Kein Mißmut, keine Müdigkeit, keine schönen Worte als Ausreden dürfen aufkommen, unerkennlich muß gesagt werden, was notwendig ist, unerschrocken sich einsetzen für das, was die gemordeten Führer als ihre Lebensaufgabe betrachteten. Die Worte Rosa Luxemburgs, die da lauteten, „das Ziel der Reife des Proletariats und seiner Befreiung hängt davon ab, ob das Proletariat versteht, aus den eigenen Irrtümern zu lernen. Selbstkritik ist Lebensluft und Lebenslicht der proletarischen Bewegung“ müssen die unseren sein.

Das Proletariat kann den Toten einen großen Dienst erweisen, wenn es sich bemüht, ihrem Beispiel nachzuzufolgen. Mutig, unerschrocken den Kampf aufzunehmen, um aus kapitalistischer Bedrückung, reformistischem Verrat und faschistischer Gefahr sich zu befreien.

Eiserne Front – Revolutionäre Front

Die SPD., der ADGB., die Arbeiter-Sportorganisationen und das Reichsbanner haben in einer am 16. Dezember stattgefundenen Kundgebung die sogenannte Eiserne Front geschaffen, die bombastisch den Kampf gegen den Faschismus erklärt.

Allerdings waren es nur die Ausschlußmitglieder obengenannter Organisationen, die diese Front geschmiedet haben.

Damit die Arbeiterklasse sich jedoch keinen Illusionen hingibt, wird es notwendig sein, diese Eiserne Front und ihren Charakter etwas näher zu beleuchten.

In Nr. 52 des ADGB-Organs wird in dem Artikel „Gemeinsame Abwehr“ der Beschluß dieser Sitzung veröffentlicht, der lautet:

„Unbeschadet unserer ablehnenden Stellungnahme zu der neuen Notverordnung geloben wir, den Kampf gegen den Faschismus mit gesteigerter Aktivität fortzuführen. — Wir müssen unsere Kampfmethoden denen unserer Feinde anpassen auf dem Boden des gesetzlichen Rechtes, solange sie sich selbst legal betätigen, andernfalls mit anderen Mitteln werden wir die republikanische Verfassung, die sozialen Rechte und die kulturellen Ziele der Arbeiterklasse und den europäischen Frieden verteidigen.“

Infolge der parlamentarischen Machtverhältnisse, für die nicht wir, sondern weite Teile der Wählerschaft die Verantwortung tragen, haben wir zum Teil keine praktische Möglichkeit, die in Kraft getretene Notverordnung sofort aufzuheben. Sie ist ein Produkt der kapitalistischen Wirtschaftskrise und der Kräfteverteilung im Reichstag.

Die Ueberwindung der faschistischen Gefahr ist unsere erste Pflicht im Interesse der Arbeiterklasse. Danach richten wir unser Verhalten im Parlament und im Lande ein. — Heiliger Brahmputra!

In diesen Worten liegt genau soviel Demagogie wie Unwahrheit. Man spricht von einer ablehnenden Stellung zu der neuen Notverordnung und beschließt in Sitzungen und Fraktionen, die Notverordnung zu tolerieren.

Die ADGB-Führer haben offen ausgesprochen, daß auch sie nur mit Notverordnungen regieren könnten, und sie deshalb die Notverordnung tolerieren, um Schlimmeres abzuwenden.

Dann wird von der Verteidigung der sozialen Rechte und kulturellen Ziele der Arbeiterklasse gesprochen. Wir fragen die Arbeiter, die zum Teil schon 1 bis 2 Jahre stempeln gehen oder die durch Krankheit oder Invalidität die Kranken-

kassen und die Invalidenversicherung in Anspruch nehmen müssen, was sie über soziale Rechte, die sie angeblich noch besitzen, zu sagen haben?

Wenn diese Demagogen dann noch mit der Ausrede kommen, die parlamentarischen Machtverhältnisse lassen es nicht zu, die Notverordnung aufzuheben, dann beweisen sie mit diesen Aussprüchen, daß sie die Arbeiterklasse für so dumm halten, daß sie nicht weiß, daß die im Reichsbanner verankerten Parteien mit Hilfe der KPD, die doch den Antrag auf Einberufung des Parlaments wegen der Notverordnung einbrachte, in allen Fällen die Mehrheit bilden, daß diese Parteien es waren, die die Einberufung des Parlaments ablehnten.

Daß die Eiserne Front nicht mehr und nicht minder als eine Koalition mit der Bourgeoisie ist, besagt ja offen der Appell an das demokratische Bürgertum im „Berliner Tageblatt“ vom Polizeivizepräsidenten Dr. Weiß, in dem er das Bürgertum, unbekümmert um Parteischranken, auffordert, die Republik gegen den Faschismus zu schützen und demokratische Redner ins Land zu senden, um die Demokratie, die uns seit 1918 zu dem heutigen wirtschaftlichen Chaos und der politischen Rechtlosigkeit verholfen hat, wieder neu aufleben zu lassen.

Achtung Betriebsrätekursus!

Im Bezirk Groß-Berlin findet für alle dem Bund angeschlossenen Organisationen (ausgenommen Industrieverband für das Baugewerbe) im Monat Februar für zirka 5 Abende ein Betriebsrätekursus statt, in dem an Hand der Erfahrungen aus dem Betriebe den Kollegen praktische Beispiele für die Anwendung des Betriebsrätegesetzes, vornehmlich bei Klagen aus dem Arbeitsverhältnis, gegeben werden sollen.

Hieran können alle Kollegen, welche sich für diese Frage interessieren, teilnehmen.

Anmeldungen für die Kursusteilnehmer müssen bis spätestens 31. Januar 1932 erfolgen, und zwar im Büro des Bundes, Brückenstr. 8; oder im Büro des Bekleidungs- und Textilindustrieverbandes, Kommandantenstr. 63/64.

Das Lokal für den Kursus wird im Zentrum der Stadt festgelegt werden. Näheres bei der Anmeldung im Büro.

Wir ersuchen um zahlreiche Teilnahme.

Man muß die Frage aufwerfen, ob die so geschaffene Eiserne Front in irgendeiner Form eine Grundlage für den Kampf gegen den Faschismus bildet.

Der Faschismus ist aus den kapitalistischen Verhältnissen geboren, er wurde vom Kapital großgezogen und dient ihm nun als Stoßtrupp zur Erhaltung seines Ausbeutungssystems. Den Faschismus bekämpfen heißt daher den Kapitalismus bekämpfen. Den Faschismus niederringen, bedeutet den Kapitalismus stürzen. Einer kann ohne den anderen nicht mehr auskommen. Da jedoch die SPD. und die freien Gewerkschaften den Sturz des kapitalistischen Systems ablehnen und sich offen zur Heilung des kranken Kapitalismus bekannt haben, nicht zu reden von den anderen Bundesbrüdern der Eiserne Front, dem Zentrum und der Staatspartei, die ja die eifrigsten Verfechter des kapitalistischen Systems sind, bedeutet diese Eiserne Front eine Koalition mit der Bourgeoisie.

Die Arbeiter in der SPD. und den freien Gewerkschaften, die Arbeiter der christlichen und Hirsch-Dunckersehen Gewerkschaften, die in diese Eiserne Front durch die gegründete Arbeitsgemeinschaft mit dem ADGB, gleichfalls mit hineingezogen werden, die Mitglieder der Sportorganisationen, müssen sich also klar werden, daß diese sogenannte Eiserne Front geschaffen wurde, nicht, um gegen den Faschismus zu kämpfen, sondern um die Arbeiter abzuhalten von ihrer eigentlichen Aufgabe im gegenwärtigen Moment, von der Schaffung der proletarischen Einheitsfront, die dringend notwendig ist, und die nur geschaffen werden kann, wenn die Arbeiterklasse erkennt, daß das demokratische Koalitionssystem in Deutschland uns in die gegenwärtige Verelendung gestoßen hat, und daß mit Demokratie in Deutschland nichts mehr zu erreichen ist.

Wie wollen diese Herrschaften den Faschismus bekämpfen, wenn sie angeblich wegen der ungünstigen Machtverhältnisse sogar den parlamentarischen Kampf ablehnen. Den außerparlamentarischen Kampf zu führen, ist bei diesen Leuten verpönt, das wäre ja Bürgerkrieg.

Die Eiserne Front soll also nur das Ablenkungsmanöver sein von dem Zusammenschluß der Arbeiter, um gegen weitere Verelendung zu kämpfen.

Immer mehr bricht sich in allen Kreisen der Arbeiterschaft jedoch der Gedanke Bahn, daß es notwendig ist, über die Schranken von Parteidoktrin und reformistischem Geklingel hinweg sich zu vereinigen; daß zur Abwehr des Faschismus die revolutionäre Einheitsfront aller Werktätigen, ohne Unterschied der Partei- und Gewerkschaftsrichtung, notwendig ist.

Mit der RGO-Taktik ist keine Einheit der Arbeiterschaft herzustellen. Selbstverständlich werden wir im entscheidenden Kampf mit den RGO-Arbeitern jederzeit Seite an Seite kämpfen, mit aller Schärfe lehnen wir jedoch die falsche isolierende Politik der RGO-Führer ab.

Die Kommunistische Partei, die die Aufgabe hätte, die Arbeiterklasse zum entscheidenden Kampf gegen die Reaktion zu führen, bringt durch ihre RGO-Politik nur Verwirrung in die Reihen des revolutionären Proletariats.

Trotz alledem haben wir unsere Aufgabe als revolutionäre Gewerkschaftler im Sinne des Kommunismus zu erfüllen, haben die Arbeiter für die unausbleiblichen Auseinandersetzungen mit Reaktion und Faschismus vorzubereiten, sie einzureihen in die revolutionäre Klassenfront.

Der Eisernen Front muß die Arbeiterschaft die revolutionäre proletarische Einheitsfront entgegenstellen!

Wer ernsthaft den Faschismus bekämpfen will, muß, über alle Schranken hinweg, sich die Hände reichen zum gemeinsamen Kampf gegen Reformismus und Kapitalismus und Faschismus!

Hitler — Brüning — Groener

Der Handel beginnt.

Hitler, der Mann, der Köpfe rollen lassen will, wurde am 5. Januar telegraphisch vom Reichsminister des Innern, Dr. Groener, nach Berlin geladen. Er hatte dann am 6. mit dem Reichsinnenminister eine Aussprache, der eine mit dem Reichskanzler am nächsten Tage folgte. Gegenstand der Aussprache war die Frage der Präsidentenwahl.

Adolf Hitler hat sich seine Stellungnahme dem Reichskanzler gegenüber vorbehalten, um vorher den Parteien der nationalen Opposition seine Auffassung mitzuteilen.

Brüning und Groener sind bestrebt, Hitler für eine Wiederwahl Hindenburgs als Reichspräsident zu gewinnen. Der Preis dafür wird eine Beteiligung der Faschisten an der Regierung sein.

Noch ein anderer Punkt kommt bei den Verhandlungen in Frage. Brüning will eine nationale Einheitsfront in der Reparationsfrage im Hinblick auf die bevorstehenden Verhandlungen mit den Regierungen Frankreichs und Englands in Lausanne einleiten, um sich den Rücken gegen die Faschisten zu decken.

Die „Deutsche Allgemeine Zeitung“, das Organ der Schwerindustrie, tritt sofort wieder für eine Regierungsbeteiligung der Nazis ein.

Die Regierung Brüning scheint sich nicht anders retten zu können, als daß sie mit Hitler und den Faschisten halbp

zu machen versucht, um nicht ganz von ihnen an die Wand gedrückt zu werden.

Die Voraussetzungen für die nationale Einheitsfront sind natürlich weitgehende Konzessionen an Hitler.

Bezeichnend ist weiter, daß Hitler mitten im Regierungsviertel Berlins, nicht weit vom Hindenburg-Palast, das prunkvolle Schloß des Prinzen Albrecht von Preußen zu mieten versucht, um im Herzen der Reichshauptstadt, wie in München, sich ein braunes Haus zu schaffen.

Die Verhandlungen sind schon so weit gediehen, daß die Berliner Naziführer mit den Vorbereitungen für den Umzug in das Prinzenschloß beginnen. Zu gleicher Zeit hat auch die SPD. ihre Führer ausgestreckt und Verhandlungen mit Brüning und Groener eingeleitet.

Aus dem Hin- und Hergerede des „Vorwärts“ geht hervor, daß die SPD-Führer erkennen, daß es fraglich erscheint, ob Brüning bereit ist, sich die Tolerierung der SPD. noch länger gefallen zu lassen.

Der „Vorwärts“ deutet an, daß die SPD. bereit sei, für Hindenburg ins Geschirr zu gehen, weiterhin alles zu schlucken, wenn Brüning in seinen Beziehungen zu Hitler vor den letzten Intimitäten haltmacht.

Sollmann tritt in der „Rheinischen Zeitung“ bereits für eine Verlängerung der Amtszeit Hindenburgs ein.

In den letzten Wochen hat die SPD-Führung versucht, den Arbeitern zu erzählen, man müsse mit dem Kampf gegen den Faschismus warten, denn die Entscheidungsschlacht werde bei den Präsidentenwahlen geschlagen; es müsse ein zuverlässiger Republikaner gewählt werden.

Nachdem nun die Regierung mit Hitler verhandelt hat, ist sie, um nicht ausgeschaltet zu werden, bereit, den Republikaner bei der Präsidentenwahl fallen zu lassen.

Die Verhandlungen zwischen Hitler und Brüning zeigen, daß es jetzt ums Ganze geht. Die Arbeiterklasse muß daher alle Kräfte anbieten, um die Errichtung der faschistischen Diktatur zu verhindern.

Gegen die nationale Einheitsfront muß endlich die proletarische Einheitsfront errichtet werden!

Landarbeiter sind Leibeigene der Junker

In der Landwirtschaft sind die Arbeiter heute schlechter gestellt denn vor dem großen Völkermorden, trotzdem wir 1918 eine Revolution hatten, trotzdem wir uns in einer demokratischen Republik befinden, ist die Versklavung der Landarbeiter dank der reformistischen Politik, dank der Zugeständnisse gegenüber den Krautjunkern in einem Maße gestiegen, daß man heute behaupten kann, die Landarbeiter sind die Leibeigenen der Junker geworden.

Durch das Hofgängersystem ist die Versklavung der ganzen Familie eingeführt; die Wohnverhältnisse spotten jeder Beschreibung, brutalste Behandlung bei erbärmlichsten Löhnen, politischer Terror und Maßregelung bei Zugehörigkeit zu einer dem Junker nicht genehmen Gewerkschaft gehört zum System der Ausbeutung des Landproletariats.

Hinzu kommt, daß man durch Notverordnung auch noch die Landarbeiter von der Erwerbslosenunterstützung ausgeschlossen hat, wenn sie in einem Vertragsverhältnis stehen.

Die Junker, fast durchweg Mitglieder der Nazi-Partei, versuchen, alle Arbeiter, welche nicht dem Dritten Reich zugehören, von ihren Gütern zu entfernen. Als Grund wird Einschränkung des Betriebes angegeben, um dann, nachdem die Mißliebigen entlassen sind, sich sofort Nazi-Jünger auf ihren Gütern einzustellen.

Im Kreis Zehdenick verlangte ein Gutsbesitzer, daß seine Leute ihn mit dem Heil-Hitler-Gruß begrüßen. Wer dies nicht tut, wird wegen Arbeitsmangel entlassen.

Allüberall versuchen die Gutsbesitzer ihre Güter als Brutstätten des Faschismus auszubauen.

Der Terror der Junker ist so stark, daß die Landarbeiter zum Teil in die Nazi-Verbände hineingezwungen werden. So hat man in oben bezeichnetem Kreise eine „Nationale Arbeitsvereinigung“ gegründet.

Durch diese Vereinigung und den Terror gegenüber Andersdenkenden will man die Landarbeiter für den Nationalsozialismus gefügig machen.

Man veranstaltet Vorträge für die Landarbeiter, in denen man ihnen klarzumachen versucht, daß schuld an ihrer elenden Lage der Marxismus ist und daß sie bei Übernahme der

Macht durch Hitler bedeutend besseren Verhältnissen entgegenzusehen werden. Leider lassen sich viele der Landarbeiter infolge der Unkenntnis der politischen Verhältnisse von diesen Werbungen für das Dritte Reich betören, nicht erkennend, daß sie nur als Mittel zum Zweck benutzt werden sollen und ihre Ausbeutung unter dem Nazi-Regime noch viel stärker vor sich gehen wird, daß sie dann im wahrsten Sinne des Wortes Leibeigene der Krautjunkers sind.

Da die Landarbeiter in ihrer gegenwärtigen erbärmlichen Lage absolut nichts zu verlieren haben, so müssen sie allen Terrormaßnahmen der Junker zum Trotz sich organisieren, um so gegenüber den Machtgelüsten des Junkertums eine Abwehrfront zu schaffen, glaubt man doch bei den Entlassungen, die oftmals ganz willkürlich vorgenommen werden, nur weil man vermutet, daß der Entlassene kein Hitlerianer ist, machen zu können was man will, indem man ihm nicht einmal den verdienten Lohn oder das ihm zustehende Deputat gewährt.

In solchen Fällen glauben sogar die behördlichen Instanzen, aus gleichen Motiven handeln zu können, was durch nachstehenden Fall bewiesen wird. Ein Arbeiter wurde am 17. November vorigen Jahres von einem Dr. Machowitz krank geschrieben. Der Kranke sandte sofort den Abschnitt an die Landeskrankenkasse Templin ein.

Als nun der Arbeiter am 21. Dezember wieder arbeitsfähig geschrieben wurde und sich daher unter Vorlegung des Krankenscheines bei der Krankenkasse wegen Abholung seines Krankengeldes meldete, wurde ihm erklärt, daß er nichts erhalten könne, da auf Grund der Notverordnung, nach § 216 der Reichsversicherungsordnung, nur Krankengeld gezahlt werden darf, wenn der Krankheitsfall innerhalb einer Woche bei der Krankenkasse gemeldet ist. Da die Krankenkasse bestreitet, den eingesandten Abschnitt erhalten zu haben, verweigert man auf Grund dessen dem Arbeiter sein Krankengeld, trotzdem aus dem Krankenschein ersichtlich ist, daß er während der oben angegebenen Zeit krank geschrieben war.

So glaubt man auch hier, dem Landarbeiter das ihm zustehende Krankengeld strittig machen zu können, weil auch die Kasse denkt, mit den Landarbeitern machen zu können was sie will.

Diese schreienden Mißverhältnisse und die Willkürakte der Junker haben zu einer Reihe von Klagen vor den Arbeitsgerichten geführt, doch auch dort werden die Landarbeiter in den seltensten Fällen zu ihrem Recht kommen, da die Junker, oder ihr Vertreter vom Landbund, oftmals die intimsten Freunde der Richter sind, und es verstehen, die Sache so darzustellen, daß der Landarbeiter nicht zu seinem Recht kommt.

Da der Landarbeiter in den meisten Fällen gegenüber dem Unternehmer, noch vielmehr gegenüber dem Gericht, eine so schüchterne Haltung einnimmt, wird er sein Recht nur erreichen können, wenn er wirksam vertreten wird. Die Vertreter des Deutschen Landarbeiter-Verbandes gehen auf Grund der Tolerierungspolitik ihrer Organisationsleitung mit dem Junkertum konform. Deshalb heißt es für die Landarbeiter, sich zu organisieren in realen Klassenkampforganisationen. Alle Landarbeiter gehören daher in die Gruppe Land- und Forstarbeiter des Bundes.

Industrie-Verband für Berg- und Hüttenarbeiter

Bergarbeiter, erkennt, was ist!

Bezirk Eisleben

Durch Notverordnung habt ihr abermals einen Lohnabbau von 9 Prozent erfahren, ohne daß man diesmal, dem Schein halber, wie bei früheren Lohnreduzierungen, noch durch die Vertreter des reformistischen Bergarbeiterverbandes hat abstimmen lassen.

Das ist heute nicht mehr nötig — man verordnet, und damit basta! Ihr habt den Hungerriemen enger zu schnallen, 9 Prozent weniger zu essen wie bisher. Erinnert euch der Worte des Direktors der Mansfeld A.-G., Stahl, der während einer Sitzung im vergangenen Jahr in Eisleben den anwesenden Vertretern der Behörden erklärte, daß sein Gehalt bei einer Stellung, wie er sie einzunehmen habe, nicht unter 200 000 RM sein könne. Fragt diesen Herrn einmal, ob er mit euch tauschen will!

Im Verlauf einer Jahresfrist wurden die Löhne der Kumpels dreimal gekürzt, heute reichen sie nicht einmal zum nackten Leben. Während die Zechenherren noch immer in Saus und Braus leben können, ist der Kumpel unter das Lebensniveau des Viehs herabgedrückt worden.

In dumpfen und dunklen Löchern wühlen die deutschen Bergarbeiter, stündlich Auge in Auge mit dem Tode, und erschüttert Profite, aber sie selbst haben nicht einmal satt zu essen. In wahnsinnigem Tempo der Arbeit werden sie bis zum Weißbluten ausgenutzt.

Der reformistische und christliche Bergarbeiter-Verband hat bis dato allen Abbau-Aktionen des Unternehmertums zugestimmt.

Jetzt ist die Situation so, daß man mit diesen nicht einmal — mehr zum Schein des Gerechten — verhandelt. Diese Organisationen sind vollkommen überflüssig geworden, sie haben dazu beigetragen, daß das heutige System der brutalsten Ausbeutung aufsteigen konnte.

Noch größer ist das Verbrechen der RGO. mit ihren neugegründeten Einheitsverbänden, die Arbeiterschaft in Einzelaktionen hineinzuziehen, um sie dann ihrem Schicksal zu überlassen. Damit wird dem Unternehmertum nur Vorschub geleistet, alle unliebigen Arbeitskräfte aus den Betrieben herauszubekommen. Damit wird jeder revolutionäre Elan, der noch in den Betrieben ist, erstickt.

Wir erinnern an den Kampf der Ruhrkumpels unter der RGO.

Auch jetzt wurde wieder versucht, die Kumpels zu Teilaktionen zu mißbrauchen.

Den älteren Bergarbeitern wird noch die Union der Hand- und Kopparbeiter in Erinnerung sein, die man aus parteipolitischen Gründen zerschlug. Dasselbe Schicksal wird dem neugegründeten Einheitsverband der Bergarbeiter widerfahren, wenn die darin organisierten Arbeiter es wagen sollten, ihr Mitbestimmungsrecht geltend zu machen.

Die Bergarbeiter, ganz gleich ob im Mansfelder oder im Ruhrgebiet, müssen erkennen lernen, was in der jetzigen Situation nottut. Sie dürfen sich nicht noch einmal mißbrauchen lassen zur Aufzählung parteipolitischer Gewerkschaften, sie müssen sich aber auch lösen von reformistischen und christlichen Verbänden, die heute die stärksten Stützen des Kapitals sind, sie müssen sich einreihen in die Klassenfront der realen selbständigen revolutionären Gewerkschaftsbewegung, sich anschließen dem Industrie-Verband für Berg- und Hüttenarbeiter, um wirtschaftspolitisch gegenüber Reformismus und Kapitalismus den Machtfaktor zu schaffen, der notwendig ist bei der Auseinandersetzung zwischen Kapital und Arbeit.

Bekanntmachung. Achtung, Buchkontrolle!

Alle Bundes-Mitgliedsbücher, sowie Bücher des Industrie-Verbandes für das Metallgewerbe sind im Reichsmaßstabe aus allen Ortsgruppen an das Sekretariat des Bundes, Berlin SO 16, Brückenstr. 8, betreffs Jahres-Schlussstempel spätestens bis Ende Januar d. J. einzusenden.

Wer diesen Jahres-Schlussstempel nicht in seinem Mitgliedsbuch hat, verliert bei Ansprüchen an die Organisation seine Rechte aus der früheren Mitgliedschaft.

Daher werden alle Ortsgruppenleiter resp. Einzelmitglieder aufgefordert, die Mitgliedsbücher umgehend der Zentrale zuzuleiten.

Wichtig für die Kassierer!

Bei allen Kassenangelegenheiten, sowie Anforderung von Bundes-Beitragsmarken ist nachstehende Adresse zu benutzen:

Bund revolutionärer Industrie-Verbände,
zu Händen des Kassierers Franz Litzke.

Gruppe Land- und Forstarbeiter, Bezirk Zehdenick.

Betreffs Organisations-Angelegenheiten, Aufnahmen und dergleichen, haben sich die Mitglieder obiger Gruppe beim Kollegen Blüge, Granssee-Land, zu melden.

Die Kassiererfragen, wie Entgegennahme von Beiträgen usw., erledigt der Kollege Chudzinski, Zehdenick, Moltkestraße 5.

Der Kongreß der holländischen revolutionären Gewerkschaften (NAS.)

Die holländische revolutionäre Gewerkschaftsbewegung, deren Organisationen im Nationalen Arbeits-Sekretariat (NAS) zusammengeschlossen sind, hielt während der Weihnachtstage, am 25., 26. und 27. Dezember, im Kunstgebäude der Stadt Utrecht ihren Kongreß ab.

Der Bund revolutionärer Industrieverbände, der seit Jahren mit dem NAS. durch Zeitungsaustausch und gegenseitige Berichte die internationale Verbindung aufrecht erhielt, hatte zu diesem Kongreß den Kollegen Max Schmidt vom Bundesvorstand delegiert.

Das Referat des Genossen Sneevliet über die herrschende Krisis und ihre Ursache neben dem Geschäftsbericht, das Referat des Genossen Bouwman über die Arbeitslosigkeit und den Kampf gegen ihre Auswirkung, das Referat des Genossen Menist über Militarismus und Kriegsgefahr und die hierzu einsetzende Diskussion zeigten, daß die Delegierten dieses Kongresses auf einer hohen politischen Stufe stehen, und daß der Funktionärkörper des NAS. ein durch jahrelange Aufklärung, politische und wirtschaftliche Schulung durchaus gefestigtes Körperschaft ist, die den Anstürmen gegen das NAS. in jeder Weise gewachsen ist.

Der Geschäftsbericht des Genossen Sneevliet, in dem er zugleich die Weltwirtschaftskrise, die politische und Erwerbslosenfrage, national wie international, behandelte, sowie die innerorganisatorischen Arbeiten, die Arbeit der Redaktion, sowie die gestellten Anträge erwähnte, wurde mit größtem Interesse entgegengenommen und durch oftmaligen stürmischen Applaus unterbrochen.

Nach der Eröffnungsansprache des Genossen Sneevliet erhielt der Vertreter des Bundes das Wort. Spontan erhoben sich die Delegierten von den Sitzen und stimmten die Internationale an.

Genosse Schmidt überbrachte den holländischen Genossen die brüderlichsten Grüße der deutschen revolutionären Gewerkschaftsmitglieder; er beleuchtete die deutschen Verhältnisse, die Gefahr des Faschismus sowie die verräterische Rolle der reformistischen Gewerkschaften in allen Fragen des Proletariats. Ferner behandelte er die starke Erwerbslosigkeit in Deutschland, die Unterdrückung des revolutionären Proletariats durch Notverordnungen. Er wies auf die schädliche Haltung der Kommunistischen Partei mit ihrer RGO.-Taktik hin, um zum Schluß gerade in dieser äußerst gespannten welt-politischen Lage auf die Notwendigkeit internationaler Beziehungen der revolutionären realen Gewerkschaften hinzuweisen.

In der Hoffnung, daß diese Bestrebungen in viel weiterem Maße mit den Ländern, wo revolutionäre selbständige Gewerkschaften bestehen, gepflogen werden, schloß selbiger seine Ansprache.

Der Geschäftsbericht war äußerst inhaltreich, er behandelte sowohl die innerorganisatorischen Fragen, die diesbezüglich gestellten Anträge sowie die Arbeit der Redaktion.

Der Bericht des Kassierers über die zentrale Streikkasse sowie die anderen Ausgaben und Einnahmen zeigten, daß das NAS. finanziell gut fundiert ist.

452 Delegierte aus 200 Orten vertraten die NAS.-Organisationen.

Die Diskussion über den Tätigkeitsbericht des Vorstandes, der Redaktion und der Kasse zeigten in ihrer scharfen aber sachlichen Art und Weise auch hier die Geschultheit der Delegierten des Kongresses.

Das Referat des Genossen Bouwman über die Erwerbslosenfrage zeigte, daß auch in Holland die Erwerbslosigkeit beginnt, eine wichtige Frage zu werden. Holland mit seinen 7 Millionen Einwohnern hat zur Zeit mehr denn 300 000 Erwerbslose.

Um die Erwerbslosen nicht von den Organisationen abzutrennen, sondern sie für die Bewegung des NAS. zu interessieren, sind in allen Orten des Reiches Erwerbslosenkommitees ins Leben gerufen und wird speziell für die Erwerbslosen eine Zeitung herausgegeben.

Wenn diese zur Zeit erst in 7000 Exemplaren erscheint, so ist doch der Anfang gemacht und kann bei intensiver Arbeit

noch viel in den Reihen der christlichen und reformistisch organisierten Arbeiterschaft für die revolutionäre Gewerkschaftsbewegung auch hier gewonnen werden.

Er erläuterte dann die mangelhafte Unterstützung der einzelnen Gemeinden, vornehmlich der ländlichen, und schloß mit dem Appell, daß die Erwerbslosenfrage zu einer Existenzfrage des NAS. zu machen sei, daß die NAS.-Bewegung die Erwerbslosenbewegung als das wichtigste Bindeglied für alle Erwerbslosen, ohne Unterschied der Organisation, auszubauen bemüht sein muß.

Am zweiten Verhandlungstage versuchte auch hier die RGO., durch Verteilung von Flugblättern vor dem Kongreßsaal Stimmung unter den Delegierten für ihre Politik zu machen.

Ein Anhänger der RGO., Delegierter einer kleinen Ortsgruppe, versuchte, für die RGO. Propaganda zu machen. Kurz und bündig beschloß der Kongreß mit 442 gegen 10 Stimmen, denselben vom Kongreß auszuschließen.

Eine Vertreterin des Frauenbundes, welcher auf dem Boden des NAS. steht, appellierte an die Delegierten, ihre Frauen und Töchter darauf aufmerksam zu machen, daß auch sie in die Bewegung gehören, um damit diesen Bund und damit die NAS.-Bewegung zu stärken.

Der Genosse Roodvelt sprach in längeren Ausführungen über die Mißstände in den Gewerkschaften, über die zum Teil noch lange Arbeitszeit im Tiefbau, die auch noch in der Hutbranche und in den Hafenbetrieben vorherrscht. Er befaßte sich weiter mit den sozialen Verhältnissen, der Notwendigkeit des Ausbaus der Krankenversicherung.

Verschiedene Diskussionsredner sprachen sich energisch gegen jede Verhandlung mit der RGI. aus.

Eine wichtige Frage in der Diskussion, die sehr lange behandelt wurde, bildete die Frage Parlamentarismus und Antiparlamentarismus. Es ist verständlich, daß viele der älteren Genossen des NAS., die aus der syndikalistischen Bewegung diese Ideologie mit herübergebracht haben, diese Frage aufzurollen für notwendig erachteten.

Die zahlreichen Anträge dieser Art zeigten, daß ein Teil der Mitglieder eine Beteiligung am Parlament durch ihre Vor-

Schiffbau-Industrie-Verband

Zentrale: Berlin-Lichtenberg, Mozartstraße 7, pt. — Telefon: E 5 Lichtenberg 3349

Ueberfluß und doch Mangel

Im Herbst dieses Jahres lagerten in den deutschen Steinkohlen-Revieren auf den Halden ungefähr 13 Millionen Tonnen Kohle, was ungefähr den Verbrauch von einem halben Jahr der gesamten deutschen Bevölkerung ausmacht. Diese 13 Millionen Tonnen Ueberfluß wurden erzielt trotz Arbeiterentlassungen, trotz Feierschichten, trotz gewaltsamer Erdrosselung der Produktion. 13 Millionen Tonnen liegen draußen auf den Halden nutzlos und verwittern. In Stadt und Land aber gibt es Millionen und aber Millionen von kalten Stuben.

Machen wir uns diese Brennstoffkrise an den Berliner Verhältnissen klar. Für den Berliner Hausbrand kommt gewöhnlich die Braunkohle aus Mitteldeutschland in Frage, die uns als Brikett oder auch als Preßkohle in den Keller getragen wird. Vor Beginn der Wintersaison lagerten in dem Revier des Mitteldeutschen Braunkohlen-Syndikats nicht weniger als 2 Millionen Tonnen Briketts auf Stapel, und das, obgleich von 66 000 Bergarbeitern 12 000 entlassen und der Rest in Feierschichten arbeitet. Zwei Millionen Tonnen Briketts — das ist genau der Jahresverbrauch der Berliner Bevölkerung. Die Berliner Erwerbslosen, die mit ihren Angehörigen ungefähr 1½ Millionen Menschen ausmachen werden, haben diese 2 Millionen Tonnen Briketts nicht im Keller. Sie werden sie auch nicht bekommen, denn sie werden ihren Preis auch dann nicht erschwingen können, wenn, wie es jetzt gerüchtweise heißt, die Preßkohle um ein paar Pfennige billiger werden sollte.

Nachdem Deutschland schon im Jahre 1930 eine Rekord-ernte mit 47 Millionen Tonnen Kartoffeln zu verzeichnen hatte, ergab die Ernte vom Jahre 1931 — zum größten Schrecken derjenigen Leute, die sich heute noch Wirtschaftsführer nennen, wieder einen Stand über dem Durchschnitt, nämlich 45 Millionen Tonnen.

Zur menschlichen Nahrung sind nur 13 Millionen notwendig, 20 Millionen werden fürs Vieh verfüttert. Danach wären immer noch 10 Millionen Tonnen Kartoffeln zuviel. Liegen diese überschüssigen 10 Millionen etwa im Keller der Werktätigen? Die Frage stellen, heißt sie verneinen. Wie alljährlich, werden wohl auch dieses Jahr wieder zehntausende, hunderttausende Tonnen von nach kapitalistischen Begriffen unabsetzbaren Kartoffeln erfrieren und verfaulen. Diesmal wahrscheinlich nicht aus Unvorsichtigkeit infolge unsachgemäßer Lagerung, sondern einfach aus dem Grunde, weil es ja für die sogenannte Preisstützung ganz gut ist, wenn diese Kartoffelmengen verschwinden. Wer wird auch an den Kosten einer frostsicheren Lagerung von Kartoffeln ein Interesse haben, wenn sie voraussichtlich doch unabsetzbar sind.

Inzwischen werden um ein ganz Geringfügiges verbilligte Kartoffeln an Erwerbslose abgegeben. Diese erhalten nach schikanöser Bedürftigkeitsprüfung in Berlin zur Zeit zwei Kartoffelkarten, die sie zum Bezug von nur ganzen 20 Pfennig (!) pro Zentner verbilligte Erdäpfel berechtigen.

Eine vollkommen ungenügende Maßnahme! Warum werden die gewaltigen, doch der Vernichtung anheimfallenden Kartoffelmengen nicht an die Erwerbslosen verteilt? Warum? Weil dadurch die heiligen Gesetze des Privateigentums verletzt würden und die Gefahr eines Preissturzes entstände! Diese Wirtschaft ist doch nicht dazu da, um Menschen vor dem Verhungern zu retten, sondern um den Profit zu sichern!

Dauernde Massenarbeitslosigkeit

Das zweite Krisenkontingent der Arbeiter- und Angestellten-schaft ist die Arbeitslosigkeit. Fünfeinhalb Millionen sind aus der Produktion ausgestoßen. Das ist nicht nur eine Krisenerscheinung, die wieder vorübergehen wird. Die kapitalistische Wirtschaft ist nicht nur nicht mehr fähig, die anwachsende Bevölkerung in den Produktionsprozeß aufzunehmen, sondern sie stößt fortgesetzt neue Schichten aus der Produktion heraus. Im Heft 3 der Wirtschaftskurve der „Frankfurter Zeitung“ wird nachgewiesen, daß z. B. im Steinkohlenbergbau selbst in den Jahren des Konjunkturaufschwungs 1926 bis 1929 im

standsmittglieder im NAS. oder den angeschlossenen Organisationen nicht für ratsam hält.

In namentlicher Abstimmung wurde der Antrag, daß Mitglieder der Vorstände kein parlamentarisches Amt annehmen dürfen, daß das Besetzen von Funktionen in Gemeinde- oder Staatsparlament von bezahlten Angestellten unvereinbar mit der Mitgliedschaft im NAS. ist, mit 10 757 gegen 5411 Stimmen abgelehnt.

Ein äußerst wichtiges Referat hielt der Genosse Menist über die Kriegsgefahr und Militarismus.

In der darauf einsetzenden Diskussion wurde zum Ausdruck gebracht, daß die Frage Kriegsdienstverweigerung nicht das Allheilmittel zur Verhinderung von Kriegen sei, daß im Gegenteil das Proletariat die Waffen in die Hände nehmen müsse, um sie dann gegen die Bourgeoisie zu kehren.

Das NAS. hatte am zweiten Verhandlungstage, am 26. Dezember, abends, in einem großen Saale des Kunstgebäudes eine öffentliche Kundgebung mit einem reichhaltigen Programm veranstaltet.

Die zahlreiche Beteiligung hieran zeigte das rege Interesse an der NAS.-Bewegung.

Der dritte Tag war vornehmlich den zahlreichen Anträgen (110), die zu dem Kongreß eingelaufen waren, gewidmet, soweit sie nicht schon durch die Referate und die hierzu eingebrachte Resolution erledigt waren.

Nach einem längeren Schlußwort des Genossen Sneevliet und den Abschiedsworten des Genossen Schmidt wurde der Kongreß am Sonntag, dem 27. Dezember, um 6 Uhr abends beendet.

Wenn wir zu den innerorganisatorischen Verhältnissen der NAS.-Organisationen ohne Voreingenommenheit Stellung nehmen, müssen wir zugestehen, daß in vielen Fragen, allerdings durch das langjährige Bestehen des NAS. verständlich, das NAS. einen gut fundierten Aufbau und eine sehr gefestigte Grundlage als Spitze der ihr angeschlossenen Organisationen hat.

So hat das NAS. es verstanden, zur kulturellen Entwicklung eine Vereinigung für Volksentwicklung aufzuziehen, die

Steinkohlenbergbau bei einer Steigerung der Produktion um 23 Prozent ein Rückgang um 8 Prozent der beschäftigten Bergarbeiter zu verzeichnen war. In der Eisenindustrie stieg die Produktion in derselben Zeit von 34,7 auf 42,1 Millionen Tonnen bei einem gleichzeitigen Rückgang der Beschäftigten von 155 000 auf 144 000, und ähnlich ist die Entwicklung in anderen Industrien, in der Textilindustrie, in der Holzindustrie, in der Papierindustrie. Von den 5½ Millionen Erwerbslosen, die am Jahreschluß 1931 vorhanden sind, werden Millionen nie wieder in die Produktion eingereiht werden, selbst wenn es dem Kapitalismus gelingen sollte, die jetzige Krise vorübergehend zu überstehen.

Das Jahr 1931 hat mit den verschiedenen Notverordnungen wiederum einen gewaltigen Abbau der Arbeitslosenunterstützung gebracht, so daß aus der eigentlichen Stammunterstützung der Erwerbslosen nur noch ein Viertel unterstützt wird. Rund ein Drittel aller versicherungspflichtigen Arbeiter und Angestellten liegen auf dem Straßenpflaster. Gegenwärtig sind noch elf Millionen beitragszahlende Mitglieder in der Arbeitslosenversicherung. Und diese Krisenzahlen werden sich im Laufe der nächsten Wochen noch sprunghaft steigern.

Das Elend in der deutschen Republik

5 666 000 Erwerbslose wurden am 31. Dezember 1931 gemeldet, davon sind 1,6 Millionen Hauptunterstützungsempfänger und 1,5 Millionen, die Krisenunterstützung erhalten, so daß mehr als 2,5 Millionen Erwerbslose Wohlfahrtsunterstützungsempfänger geworden sind.

Für die nächsten Wochen wird mit einem weiteren starken Ansteigen der Erwerbslosenziffer gerechnet.

Die Gelder, die die Erwerbslosen von der Wohlfahrt erhalten, sind rückzahlungspflichtig, wenn der Betreffende einen Verdienst hat, der nicht etwa als „ausreichend“ zu betrachten ist, für den aber gewisse Richtsätze vorhanden sind.

Diese Rückzahlungsbestimmungen sind in letzter Zeit für alle Unterstützungsarten verschärft worden.

Auch die von der Erwerbslosenhilfe gezahlten Beträge sind seit August vorigen Jahres zurückzuzahlen.

Dies gilt nicht etwa nur für die Unterstützten, sondern auch für die unterhaltspflichtigen Angehörigen wie Ehegatten, Eltern, Großeltern, Kinder und Enkel.

Wenn schon die im August erlassenen Rückzahlungsbedingungen eine gewaltige Verschlechterung gegenüber dem früheren Zustand darstellten, so ist die jetzige Verschärfung geradezu ungeheuer.

Im August vorigen Jahres wurde bei der Bemessung des für die Rückzahlungspflicht in Frage kommenden Einkommens das Zweieinhalbfache des Richtsatzes der gehobenen Fürsorge zugrunde gelegt, ebenso für die Bemessung der Familienzuschläge, während nach den letzten Bestimmungen das Zweieinhalbfache des Satzes der allgemeinen Fürsorge zugrunde gelegt wird. In Zahlen ausgedrückt, bedeutet dieses, daß für Einzelpersonen die Rückzahlungspflicht bei einem Einkommen von mehr als 122,50 RM monatlich, für Ehepaare bei 147,— RM beginnt, wozu für jedes Kind von über 6 bis 15 Jahren ein Zuschlag von 17,— RM kommt und für jedes Kind unter sechs Jahren 14,— RM monatlich gezahlt werden.

Bei Unterstützungsempfängern konnte der überschießende Betrag vollständig, bei unterhaltspflichtigen Angehörigen zur Hälfte in Anspruch genommen werden.

Nach den neueren Bestimmungen setzt die Verpflichtung zur Rückzahlung bei Einzelpersonen schon bei einem Verdienst von 92,50 RM monatlich ein, bei Ehepaaren bei 111,— RM. Auch die Zuschläge für Kinder wurden herabgesetzt, und zwar wird jetzt für ein Kind über sechs Jahre nur noch 16,— RM monatlich gezahlt.

Bei der Berechnung der Sätze, die für die Rückzahlung festgelegt sind, ist das Bruttoeinkommen maßgebend, wenn also z. B. ein Arbeiter mit zwei Kindern 45,— RM wöchentlich verdient, müßte er, falls er Unterstützung bezogen hat, monatlich 52,— RM zurückzahlen, so daß ihm 115,— RM zum Bestreiten alles zum Leben Notwendigen verbleiben, die ihm kein

allwöchentlich Bildungs- und Schulungsabende veranstaltet, an denen auch Nichtmitglieder teilnehmen können.

Für den geringen Preis von 10 Cent pro Monat wird hier den Mitgliedern und anderen Gelegenheit gegeben, sich weiter zu schulen und weiter zu bilden.

Diese Vereinigung hält außerdem jeden Sonntag in den maßgebendsten Kinos der holländischen Städte lehrreiche Filmvorträge ab, wo das Eintrittsgeld für Mitglieder dieser „Volksentwicklung“ nur 25 Cent beträgt.

Weiterhin werden politische, wirtschaftliche und wissenschaftliche Vorträge gehalten, zu denen auch Wissenschaftler aus allen Lagern herangezogen werden.

Da in Holland die Erwerbslosenunterstützung ähnlich dem Genter System durchgeführt wird, ist es verständlich, daß auch dadurch die Mitglieder einen größeren Halt an die Organisation haben, ist doch die Organisation der Auszahler der Unterstützung und ist sie bemüht, durch ihre Erwerbslosenkasse die Mitglieder finanziell soweit wie möglich zu unterstützen. Da in Holland Unorganisierte nur Wohlfahrtsunterstützung erhalten, ist dieses System natürlich dazu angetan, die Mitglieder an die Organisation zu fesseln.

Auch der innere Aufbau der Organisationen hat einen guten, die Bewegung festigenden Charakter. Bei irgendwelchen Nöten springen die Organisationen dann auch helfend einander bei, um diese zu überwinden. So gingen bei dem Streik der Textilarbeiter in Twente die Vertreter der Gemeinde- und Staatsarbeiter als Referenten in die Versammlungen der Textilarbeiter.

Der Streik in Twente, der seit mehr denn fünf Wochen währt und 12 000 Textilarbeiter umfaßt, zeigt ideologisch, daß es einer kleinen Minderheit möglich ist, einen gewaltigen Streik auszulösen, ihn zu befruchten und in ihren Händen zu behalten.

Der Kongreß hat neuen revolutionären Kampfesgeist erzeugt, er wird dazu beitragen, daß die revolutionäre Gewerkschaftsbewegung Hollands der Machtfaktor wird, der der holländischen Arbeiterklasse bahnbrechend den Weg zu ihrer endgültigen Befreiung weist und der international als ein Glied der revolutionären Kräfte zu bewerten ist, die die Unterdrückten aller Länder aus den Händen ihrer Widersacher befreit.

besseres Dasein als durch Erhalt der Wohlfahrtsunterstützung schaffen. Man will also das Lebensniveau der Arbeiterschaft auf die Sätze der Wohlfahrtsunterstützung herabdrücken.

Nicht minder bezeichnend ist die Bestimmung, daß mit der Wiedereinziehung geleisteter Unterstützungen in der Regel drei Monate nach Beendigung der Hilfsbedürftigkeit begonnen werden soll.

Man läßt also damit dem jahrelang erwerbslos Gewesenen drei Monate Zeit, für seine Schulden, die er während dieser Zeit machen mußte, zu arbeiten, um dann die gnädig gewährte Wohlfahrtsunterstützung zurückzahlen zu müssen. Das ist die vielgepriesene Sozialfürsorge!

Wie erreicht man Steuererleichterungen?

In diesem Jahr wird bekanntlich keine Rückzahlung zuviel gezahlter Lohnsteuern vorgenommen. Die Rückzahlung ist durch Notverordnung aufgehoben. Das ist eines der vielen Kapitel der Notverordnungs politik, durch das die Werktätigen um eines ihrer Rechte beraubt wurden. Es hat daher jeder Werktätige Veranlassung, schon vorher alles zu tun, um eine Erleichterung seiner Lohnsteuer zu erreichen durch eine Erhöhung des steuerfreien Lohnbetrages. Diese ist beim zuständigen Finanzamt zu beantragen, und zwar sofort nach Erhalt der Steuerkarte für das Jahr 1932.

Ein solcher Antrag kann unter folgenden Voraussetzungen gestellt werden, wenn der Steuerpflichtige in seinem Einkommen durch besondere wirtschaftliche und soziale Verhältnisse besonders stark belastet ist, und zwar:

a) Durch höheren Aufwand für den Unterhalt und die Erziehung sowie die Berufsausbildung seiner Kinder.

b) Durch gesetzliche oder sonstige Pflichten zur Unterhaltung mittelloser Angehöriger, auch wenn sie nicht zum Haushalt zählen. Es ist durchaus berechtigt, eine Erhöhung des steuerfreien Einkommens zu beantragen, wenn zum Beispiel der Steuerpflichtige für seine Angehörigen, die arbeitslos sind, mit-sorgen muß, denn vielen Arbeitslosen wird zum Beispiel die Krisenunterstützung oder die Wohlfahrtsunterstützung deswegen abgelehnt, weil in der Familie noch einer oder mehrere Angehörige in Verdienst stehen. Hier liegt bereits ein höherer Aufwand vor, der bei einem Antrag auf Erhöhung des steuerfreien Einkommens als Begründung herangezogen werden kann.

c) Durch Krankheit und Unglücksfälle, die einen größeren Aufwand erfordern, und nicht allein durch Versicherungen usw. gedeckt werden könnte.

Es können weitere Anträge auf Erhöhung der Werbungskosten, also der Ausgaben für Fahrgelder zwischen Wohnung und Arbeitsstätte, Werkzeuge, Berufskleidung, Versicherungsbeiträge, Verbandsbeiträge usw. gestellt werden, wenn die Werbungskosten und Sonderleistungen den Betrag von 9,60 RM wöchentlich oder 40 RM monatlich übersteigen.

Alle Anträge dieser Art sind, wie gesagt, an das zuständige Finanzamt zu richten, dem die Steuerkarte für das Jahr 1932, eine ausführliche Begründung und, wenn irgendmöglich, auch die Belege für die erhöhten Ausgaben beizufügen sind. Da die Steuererleichterungen erst dann in Kraft treten, wenn sie vom Finanzamt bewilligt sind, ist es ratsam, die Anträge sofort zu stellen.

30 000 Gesetze und Verordnungen

Ueber das deutsche Volk ist nach dem Kriege eine wahre Flut von Gesetzen und Verordnungen ausgeschüttet worden. Derzeit sind in Deutschland etwa 8000 Reichsgesetze gültig. Des ferneren geht aus einer amtlichen Zusammenstellung hervor, daß seit Kriegsende in nachstehenden Ländern an Gesetzen, Gesetzesänderungen und Verordnungen erlassen sind: in Braunschweig 1700, Oldenburg 1777, Lippe 1189, Schaumburg-Lippe 1019, Bremen 1901, außerdem 1376 Bekanntmachungen der Behörden, in Hamburg 4942 und in Preußen 3250 Gesetze, Verordnungen und Erlasse. Wenn man dazu die Gesetze der süddeutschen Länder nimmt, so ergibt sich eine Zahl von mehr als 30 000 gültigen Gesetzen, Bekanntmachungen und Verordnungen. Dabei befinden sich Gesetze, die ein Leben von Hunderten von Jahren haben. In diesem Paragraphengestrüpp soll sich nun der Bürger zu rechtfinden! Es dürfte an der Zeit sein, diese Ueberwucherungen der Gesetze und Verordnungen einmal gründlich aufzuräumen.

Arbeitslose schlagen sich um Arbeit

Der amerikanischen Zeitung „The industrial worker“ entnehmen wir folgendes:

„Noch immer finden sich Menschen genug, die den Erwerbslosen das Märchen der Unwilligkeit zur Arbeit unterschieben. Nachstehender Fall sollte geeignet sein, diesem hohlen Geschwätz ein Ende zu bereiten:

In Cleveland (USA) wurden 150 Erdarbeiter gesucht, nicht weniger als 13 000 Arbeiter meldeten sich an dem Arbeitsplatz, um eingestellt zu werden. Es kam zu Tumulten und Faustkämpfen zwischen den Arbeitssuchenden. Jeder machte den Versuch sich vorzudrängen, um die Gelegenheit, Arbeit zu erhalten, nicht zu verpassen. Die Tumulte wurden so stark, daß die Polizei alarmiert werden mußte, um die Ruhe wiederherzustellen.“

So kämpfen Arbeiter nur um Arbeit, um dadurch ein Stückchen Brot zu erhalten. Würden die Arbeiter so kämpfen gegen die, die sie in dieses Elend gestürzt haben, würden sie sich, so kämpfend, in revolutionäre Klassenkampforganisationen zusammenfinden, dann würde es sehr bald um den Kapitalismus geschehen sein.

Achtung! Berliner Mitglieder! Generalversammlung

Am Mittwoch, dem 20. Januar, abends 7 Uhr, im Lokal Poczontek, Lichtenberg, Hauptstr. 87.

Tagesordnung:

1. Allgemeine Wirtschaftslage nach der 4. Notverordnung.
2. Geschäfts- und Kassenbericht.
3. Wahlen.

Jeder Berliner Kollege wird dringend ersucht an der Versammlung teilzunehmen.

Industrie-Verband für das Metallgewerbe

Zentrale: Berlin, Kommandantenstr. 63/64, v. 3 Tr. — Telephon: A 7 Dönhoff 3110

Die Lage in der Metallindustrie

Mit dem neuen Jahr kamen, gemäß den in der Notverordnung ausgesprochenen Richtlinien zur Sicherung der Wirtschaft (lies: Sicherung des kapitalistischen Profits) neue Löhne, die für die Arbeiterschaft, besonders aber für die Metallarbeiter mit ihren schon an und für sich geringen Löhnen, neue Not und neues Elend bedeuten.

Aber was bei diesen neuen Lohnkürzungen ganz besonders zu beachten ist, ist der Umstand, daß durch diesen Lohnabbau, der teilweise bis 15 und 20 Prozent beträgt, die Lebenshaltung der Arbeiterschaft unter das Existenzminimum sinkt, unter den für europäische Arbeiter bisher üblichen Lebensstandard. Durch diese gewaltsamen Kürzungen wurden die Arbeiter auf ein Lebensniveau herabgedrückt, das sich bedenklich dem der afrikanischen unterdrückten Negerländer nähert, die bekanntlich mit Pfennigen und Peitschenhieben für ihre Arbeit entlohnt werden. Wenn man es zwar in Deutschland noch nicht wagt, öffentlich die Arbeiter mit der Peitsche zu traktieren, so scheut man sich doch nicht, bei den geringsten Anlässen von Unzufriedenheit mit Gummi knüttel und Revolver gegen sie vorzugehen, genau wie die weißen Pflanzer gegen ihre farbigen Arbeiter.

Es wäre bei dieser Sachlage kein Wunder gewesen, wenn die so gepeinigten Arbeiter infolge der neuerlichen Schikanen und Unterdrückung, wie sie in dem Lohnraub zum Ausdruck kommt, den Geduldsfaden verlieren und mal ganz gehörig den Kapitalisten den Marsch blasen würden. Allgemein erwartete man diesen Moment in den kritischen Tagen der ersten Januarwoche, wo die Metallarbeiter zu den verschlechtesten Bedingungen arbeiten sollten. Ganz wider Erwartung verliefen der 4. und 5. Januar ruhig, und die bürgerliche Presse stellte mit vor Freude strahlender Wonne fest, daß die Parolen auführerischer und zum Streik hetzender Elemente keinen Erfolg bei der ruhigen und besonnenen Arbeiterschaft zu verbuchen hatten.

Könnte dieses Bürgerpack mit den Augen des Arbeiters in die Betriebe sehen, dann würde es mit Schrecken etwas ganz anderes feststellen, nämlich, daß die Arbeiter durchaus nicht so ruhig sind, wie man es sich wünscht, sondern daß die Belegschaften mit gespanntester Aufmerksamkeit die weitere Entwicklung verfolgen.

Wie sehr die Lage gespannt ist, geht daraus hervor, daß trotz aller Bremsversuche seitens des DMV. von den Metallarbeitern in den Betrieben Versammlungen abgehalten wurden, die sich mit der durch den Lohnraub entstandenen neuen Lage beschäftigten und daß sogar in einzelnen Betrieben, entgegen den zur „Besonnenheit“ mahnenden Reformisten, die Arbeit zum Zeichen des Protestes niedergelegt wurde. Weiter zeigen die Äußerungen und Diskussionen in den Betrieben, daß die Arbeiter die Lage erkannt haben und gewillt sind, weitere Verschlechterungen mit allen Mitteln abzuwehren. Daß nur in einzelnen Betrieben gestreikt wurde, ist durchaus kein Zeichen von Schwäche oder Niedergeschlagenheit, sondern sind wetterleuchtende Zeichen herannahender Gewitter, die langsam aber sicher sich am kapitalistischen Himmel zusammenballen und in Bälde mit elementarer Gewalt losbrechen werden.

Die bisher in den Betrieben von den Metallarbeitern gezeigte Haltung läßt klar erkennen, daß der 15 prozentige Lohnraub das Maß der Unterdrückung voll gemacht hat, daß dies von allen Metallarbeitern empfunden wird und daß man nur noch darauf wartet, daß auch bei den anderen Arbeiterkategorien die Erkenntnis der Unhaltbarkeit der gegenwärtigen Lage einzieht. Nicht Mutlosigkeit war es, welche die Metallarbeiter vom Kampfe abhielt, sondern der Gedanke, nichts zu unternehmen, bevor nicht der Kontakt mit den anderen Arbeitern hergestellt sei, den Schlag zu führen nur dann, wenn die Verbindungen von Betrieb zu Betrieb, das gleichzeitige Handeln und somit der Erfolg der Aktion sichergestellt sei. In den Betrieben ist der Gedanke vorherrschend: Nur keine Halbheiten. Wenn schon, denn schon.

Je mehr der Einfluß der Reformisten in den Betrieben zurückgeht, wozu die dauernden Betrugsmanöver der Ulrich, Eckert und Co ihren Teil mitbeitragen, je mehr wird das bisher noch immer geteilte Lager der Arbeiter seinem Zusammenschluß entgegengehen, und dann, ihr Herren Lohndrücker, ist's zu Ende mit euch. Dann wird Sense gemacht, wie der Arbeiter zu sagen pflegt, und statt schweigender unbezahlter Arbeit nachzugehen, wird zwischen dem Metallproleten und seinen Stahl- und Eisenkönigen ein ernstes Wort geredet werden.

ADGB.-Vermögen verloren?

Die sogenannten Freien Gewerkschaften, die im Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund zusammengeschlossen sind, haben im Laufe der Zeit aus den Mitgliedsbeiträgen der Arbeiter ein erhebliches Vermögen zusammengebracht, das dem Charakter von Gewerkschaften gemäß, in erster Linie zur Finanzierung von Streiks Verwendung finden sollte. Soweit die papierne Propaganda des ADGB. in Betracht kommt, geschieht das auch heute noch. Aber nur auf dem Papier. Die Tatsachen beweisen das Gegenteil. Es sei nur erinnert, daß die Freien Gewerkschaften trotz ihres Riesenvermögens nicht im Traume daran denken, diese Gelder zu Kampfzwecken zu verwenden, sonst hätten sie zumindest angesichts der in der letzten Zeit fortgesetzten Lohnherabsetzungen, besonders aber bei dem brutalen 15 prozentigen Lohnabbau der Metallarbeiter ihre Kräfte einsetzen müssen. Statt dessen wird von den ADGB.-Strategen alles nur Mögliche unternommen, was der Durchführung der Unternehmerwünsche dienlich sein könnte. Ganz offen aber zeigte der ADGB. sein kapitalistenfreundliches Gesicht bei der fortgesetzten Tolerierung des Kabinetts Brüning, das an arbeiterfeindlichen Maßnahmen es hat wahrlich nicht fehlen lassen und sogar die fundamentalsten Rechte der Arbeiter, welche durch die Weimarer Verfassung garantiert waren, Rede-, Versammlungs- und Schriftfreiheit geraubt hat. Wenn man auch in Betracht zieht, daß die Führer des ADGB. durch und durch reformistisch versucht sind und daß sie mit dem heutigen System durch dick und dünn gehen, weil sie sich als ein Teil dieses Systems betrachten, so mußte man sich doch wundern, daß der ADGB. seine arbeiter-schädliche Rolle so offen zeigte, wo doch die Gefahr bestand, dadurch Mitglieder zu verlieren und damit den Einfluß auf die Arbeiterschaft, der ihnen gegenüber der

Bourgeoisie der Ausweis ihrer Unentbehrlichkeit und Unerstlichkeit ist. Wie es scheint, zerflattern die Nebel, die bisher das Gemeinsame des Bündnisses der ADGB.-Führer mit der Bourgeoisie umgaben und die auch das Geheimnis der Tolerierungspolitik einhüllten. So wird bekannt, daß das Vermögen des ADGB. durchaus nicht mehr so sicher ist und ganz Eingeweihte behaupten sogar, daß das Vermögen des ADGB. und damit auch die Gelder der dem ADGB. angehörenden Gewerkschaften vollständig verloren gehen. Weit weit dies richtig ist, mag dahingestellt sein. Wahr ist jedenfalls, daß sich die Arbeiterbank, die Hüterin und Verwalterin der Gewerkschaftsgelder in einer ziemlich schwierigen Lage befindet, die auch nicht durch das schönste Dementi des Vorwärts aus der Welt geschafft wird. Unbestreitbar ist, daß große Teile des Vermögens in preußischen Pfandbriefen angelegt wurden, die durch die eingetretene Unverkäuflichkeit der Pfandbriefe festgefroren sind.

Um jedoch den an sie gestellten Ansprüchen gerecht zu werden, wandte sich die Arbeiterbank an die von den Großbanken gegründete Garantie- und Akzeptbank, an der auch das Reich beteiligt ist, um Hilfe, die in ausreichendem Maße gewährt wurde. Die Summen, um die es sich hier handelt, sind ziemlich hoch und es kann als wahr unterstellt werden, daß die Arbeiterbank zusammenbrechen würde, in dem Augenblick, in dem die Garantie- und Akzeptbank ihre Stützungsaktion einstellen müßte. Und hier ist nun eins zu beachten. Da das Reich an dieser Garantie- und Akzeptbank beteiligt ist, übt es naturgemäß auch einen Einfluß aus, dem sich diejenigen, die diese Akzeptbank in Anspruch nehmen, nicht entziehen können. Und so ist es mit der Arbeiterbank, beziehungsweise den Inhabern der Arbeiterbank, den Freien Gewerkschaften. Durch ihre verkehrte und unsinnige Wirtschaftsführung wurde die Arbeiterbank über und über an die Akzeptbank verschuldet, und es bedarf nur eines leichten Druckes des Reiches, und die Arbeiterbank geht Wasser saufen, wenn die weiteren Kredite seitens der Akzeptbank verweigert werden. Fällt aber die Arbeiterbank, fällt die finanzielle Grundlage der Freien Gewerkschaften und damit ihre Vormachtstellung, die die Gewerkschaften innerhalb der Arbeiterschaft einnehmen. Denn es dürfte jedem klar sein, daß diese Machtstellung der Freien Gewerkschaften sich nur auf die aufgehäuften Gelder stützt, die den Arbeitern, d. h. den Mitgliedern der Freien Gewerkschaften die Gewähr boten für die Erhaltung der ihnen laut Statut zustehenden Unterstützungen, wie Krankengeld, Sterbegeld, Invalidenrente, Arbeitslosenunterstützung usw. Alle diese Unterstützungen können die Gewerkschaften nicht mehr bezahlen, wenn die Arbeiterbank zusammenbricht. Dies zu verhindern, bemühen sich die Leipart, Aufhäuser und Co., weil mit dem Sturz der Arbeiterbank das Unterstützungswesen der Freien Gewerkschaften aufhören, die Auszahlungen derselben eingestellt werden müßte. Damit würde das letzte Glied der einst starken Kette, die ehemals die Mitglieder mit ihren Gewerkschaften verband, zerreißt, und sang- und klanglos verschwänden die Mitglieder des ADGB. Dieser Gefahr können die ADGB.-Führer entgegen, wenn sie sich das Reich nicht zum Feinde machen. Daher also die Tolerierungspolitik, die in ihrer Unentwegtheit und Starrheit von vielen nicht begriffen werden konnte. Natürlich werden noch andere Gründe vorliegen, weswegen die Leipart und Co. mit Brüning Hand in Hand arbeiten; aber sicher ist, daß der hier zum Ausdruck gebrachte Grund eine der hauptsächlichsten Ursachen ist, durch die die Reformisten gezwungen werden, Partner der Regierung, Partner der Bourgeoisie zu sein.

Aus der Streikbewegung der Metallarbeiter

Der Proteststreik der AEG. Hennigsdorf.

Am 4. und 5. Januar wurde von einem Teil der Belegschaft des obengenannten Werkes ein Proteststreik durchgeführt. Die Arbeitsaufnahme erfolgte am Mittwoch geschlossen. Maßregelungen fanden nicht statt.

Ueber die Gründe, die zu diesem Streik führten, erhalten wir vor unserem Hennigsdorfer Vertrauensmann folgende Darstellung:

Die Direktion des Werkes hatte am Schwarzen Brett einen Anschlag anbringen lassen, der besagte, daß ab 4. Januar die wöchentliche Arbeitszeit auf vier Tage herabgesetzt sei. Da diese Maßnahme für die Belegschaft einen Lohnausfall bedeutete, der durch den 15prozentigen Zwangsabzug noch erhöht wurde, hielten die Arbeiter eine Betriebsversammlung ab, um zu diesem Vorgehen der Direktion Stellung zu nehmen. Nachdem sich die Belegschaften der einzelnen Abteilungen in der Schiebebühne, dem seit Jahren üblichen Versammlungsort, eingefunden hatten und der Leiter die Versammlung eröffnen wollte, erlosch plötzlich das Licht, so daß sich an 600 Mann im Dunkeln zwischen Maschinen und Gruben befanden und in Gefahr gerieten, beim nächsten Schritt Hals und Beine zu brechen. Wie sich später herausstellte, war der Urheber dieses Bubenstreiches die Direktion, die diese Versammlung verhindern wollte und dies mit einem solchen gemeinen und schäbigen Mittel glauben zu erreichen zu können. Auf Grund dieses Zwischenfalls wurde die Versammlung in einen anderen Raum verlegt, die dann einen ungestörten Verlauf nahm. Es wurde nun bekannt, daß die Direktion über die geplante Arbeitszeitherabsetzung nicht mit dem Betriebsrat verhandelt hatte und derselbe keine Kenntnis besaß über den Inhalt des Anschlages. Somit hatte sich die Direktion durch die Umgehung des Betriebsrates ein Provokationsstückchen erlaubt, das zurückgewiesen werden mußte. Die Versammlung beschloss gegen 20 Stimmen, einen eintägigen Proteststreik durchzuführen mit dem Ziel der Zurücknahme der von der Direktion willkürlich angeordneten Maßnahme.

Wie üblich, sprach ein SPD.- und ein DMV.-Bonze sich gegen den Streik aus. Leider hatten diese Halunken in ihren Betriebsfunktionären willige Werkzeuge gefunden, die sich in ihren Abteilungen gegen die Arbeitsniederlegung aussprachen und es erreichten, daß die Abteilungen Porzellan, Druckapparate und Blechwerkstatt, entgegen dem allgemeinen Streikbeschuß, weiter arbeiteten.

Am zweiten Tage des Streiks fand eine nochmalige Versammlung statt, in welcher die Direktion erklären ließ, daß sie sich nur auf Verhandlungen einlasse, wenn der Betrieb vollständig liefe. Daraufhin nahmen die streikenden Belegschaftsmitglieder die Arbeit wieder auf. Wenn auch die Di-

rektion vorläufig von der Arbeitszeitverkürzung Abstand genommen hat, so wird sie doch sehr bald einen anderen Weg finden, auf dem sie ihr Ziel, weitere Senkung der Löhne, erreichen wird. Bereits wird davon gesprochen, die Direktion wolle ein Drittel der Belegschaft abbauen als Ausgleich für die mißlungene Arbeitszeitverkürzung. Die Kollegen werden also auf der Hut sein müssen, wenn sie nicht den Ausbeutungsplänen der Werksleitung zum Opfer fallen wollen. Vor allen Dingen heißt es für die Kollegen, Front zu machen gegen die Reformisten, gegen die Taktik des DMV. Dieser ist ein stiller Helfershelfer der Eisen- und Stahlbarone und versucht bei allen Aktionen, welche die Metallarbeiter gegen ihre Ausbeuter unternehmen, zu bremsen, und wenn es nicht anders geht, sogar den Streikbruch zu organisieren. Die einzige richtige Antwort der Metallarbeiter muß daher sein: Heraus aus dem DMV., hinein in den Industrieverband für das Metallgewerbe, der wiederholt bewiesen hat, wie die Hennigsdorfer Kollegen selber wissen, daß er zu kämpfen gewillt ist und stets die Interessen der Kollegen wahrnimmt.

Streik bei Jachmann

Auch bei Jachmann, Borsigwalde-Tegel, fand ein Streik statt, der ebenfalls zwei Tage dauerte und der sich allerdings direkt gegen den durch den Notverordnungs-Schiedsspruch vorgenommenen Lohnabbau von 15 Prozent wendete. Der Streik wurde ausgelöst durch die RGO., welche die Arbeiter Montags früh aufforderte, in den Streik zu treten. Da die Belegschaft dieses Werkes einig und geschlossen ist, wie man es sehr selten findet, war auch der Streik ein ganzer, d. h. die Belegschaft streikte restlos. Doch die Hoffnung, die anderen Betriebe von Berlin und Borsigwalde würden dem Beispiel der Jachmannschen Belegschaft folgen, erwies sich als trügerisch, und so mußte der Kampf nach zweitägiger Dauer wieder abgebrochen werden.

Da der Unternehmer Aufträge über Aufträge hat und ihm daran gelegen ist, keine Verzögerungen der Liefertermine eintreten zu lassen, erfolgte die Wiedereinstellung der Kollegen restlos, und so wurde dann die Arbeit am Mittwoch geschlossen wieder aufgenommen.

Bezirk Wedding

Am Dienstag, dem 8. Dezember, hielt der neugegründete Bezirk Wedding seine zweite Bezirksversammlung ab. Trotz seines kurzen Bestehens war der Bezirk zufriedenstellend besucht.

Auf Wunsch der Kollegen wurde ein Referat gehalten über den Inhalt des kommunistischen Manifestes. Der Referent des Abends, Kollege Gerschütz, ging auf die Entstehung des Manifestes ein und gab einen kleinen Ueberblick über die Geschichte des Klassenkampfes, von seinen Urformen bis zur heutigen wissenschaftlichen Lehre des Klassenkampfes, wie sie im Manifest ihren klassischen Ausdruck fand. Wenn auch seit der Schöpfung des Manifestes durch Karl Marx und Engels mehr denn achtzig Jahre vergangen sind, so ist doch noch der Inhalt dieses Manifestes so aktuell, als wäre er erst in neuerer Zeit geschrieben. Die Bedeutung des Manifestes ist daher für die Arbeiter noch immer eine ganz besondere, da in demselben die Lehren vom Klassenkampf in so leicht verständlicher Form enthalten sind, daß es auch dem weniger geschulten Arbeiter möglich ist, sich einen Einblick in die politischen und ökonomischen Verhältnisse der Vergangenheit und Gegenwart zu machen. Dadurch kommt der Arbeiter seiner Klasse näher, und er lernt die Notwendigkeit begreifen, daß eine Aenderung der heute bestehenden Zustände nur möglich ist, wenn die Arbeiter die Lehren von Karl Marx und Friedrich Engels beherzigen.

Da die Anwesenden mit den Ausführungen einverstanden waren, fand eine Diskussion nicht statt, und es konnte in den zweiten Punkt der Tagesordnung, Verschiedenes, eingetreten werden. Es wurde noch kurz ein Bericht von dem stattgefundenen Bundestag sowie dem Reichskongress gegeben. Da dem Kollegen Schröder noch einige innerorganisatorische Angelegenheiten unklar waren, entspann sich eine Aussprache über diese Punkte, die dann auch ihre Klärstellung fanden. Um 11 Uhr fand die Versammlung ihr Ende.

Versammlungskalender

Am Freitag, dem 29. Januar 1932, findet in den Sophien-sälen, Sophienstraße, abends 7½ Uhr, die

Jahres-Generalversammlung des Bezirksvereins Berlin statt.

Da in dieser Versammlung Rechenschaft über die Verbands-Geschäftsführung abgelegt wird und die Neuwahl des Vorstandes erfolgt, werden alle Mitglieder aufgefordert, an dieser Versammlung restlos teilzunehmen und von ihrem Mitgliedsrechte Gebrauch zu machen.

Die Folge der Tagesordnung wird in der Versammlung bekanntgegeben. Das Mitgliedsbuch ist mitzubringen und zur Abstempelung vorzulegen.

Der Vorstand des Bezirksvereins Berlin.

Allen Funktionären zur Kenntnis, daß am Donnerstag, dem 21. Januar, abends 7 Uhr, im Büro eine Konferenz der Funktionäre stattfindet. Die Tagesordnung wird in der Sitzung bekanntgegeben. Sämtliche Funktionäre sind verpflichtet, an der Sitzung teilzunehmen. Ueber die Teilnahme wird Kontrolle geführt.

Bezirksverein Nowawes-Potsdam

Der Bezirksverein Nowawes-Potsdam hält am Sonnabend, dem 16. Januar, abends 7½ Uhr, im Lokal Otto Gebauer, Karl-Gruhl-Straße, seine

Jahres-Generalversammlung

ab. Die Mitglieder werden aufgefordert, sich vollzählig an der Versammlung zu beteiligen. Die Tagesordnung wird in der Versammlung bekanntgegeben. Ueber die Lage spricht ein Berliner Kollege.

Das Mitgliedsbuch ist mitzubringen; ohne dasselbe kein Zutritt.

Der Vorstand
des Bezirksvereins Nowawes-Potsdam.

Mit dem Erscheinen dieser Zeitung ist die 3. Beitragswoche fällig.

Druck: A. Janiszewski GmbH, Berlin SO 36, Elisabethufer 23.